№ 5 B 2 Abend-Ausgabe

Berlin

Donnerstag 3. Januar 1924

Vossische Zeitung

10 Pfennig
100 Milliarden

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 3600—3663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Millerands Neujahrsversöhnung.

Ein offiziöser Kommentar.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wi **Paris**, 3. Januar.

Jules Sauerwein veröffentlicht im „Matin" eine offenbar aus dem Elysée stammende Auslegung der optimistischen Worte, die Millerand beim Neujahrsempfang des diplomatischen Korps ausgesprochen hat. In dieser inspirierten Auslegung wird ausgeführt, die französische Politik sei seit Februar 1920 von dem Wunsche beherrscht gewesen, daß möglichst rasch, wie Millerand es damals als notwendig bezeichnete, normale Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland wiederaufgenommen werden, weil es ohne solche Beziehungen keinen wirklichen Frieden geben könne. Millerand hat die Wiederaufnahme solcher Beziehungen davon abhängig gemacht, daß Deutschland loyal seine Verpflichtungen erfüllt. Frankreich habe sich seitdem geduldig bemüht, von Deutschland die Ausführung der Verträge zu erlangen. Der Einmarsch in das Ruhrgebiet sei „notwendig" gewesen, weil die Haltung Deutschlands dies erforderlich machte. Einige Tage vor Beginn der Ruhraktion, am 1. Januar 1923, habe Millerand beim Empfang des diplomatischen Korps mit großer Schärfe erklärt, daß ein Frieden ohne loyale Ausführung der Verpflichtungen nicht möglich sei, und daß Deutschland eine schlechte Methode gewählt habe, um die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zu erlangen. Der deutsche Botschafter Dr. Mayer sei bei dieser Aeußerung Millerands zugegen gewesen und später sogar von Berliner Zeitungen angegriffen worden, weil er den Empfangssaal daraufhin nicht verlassen hatte.

Es heißt in diesem offiziösen Kommentar dann weiter, der Unterschied zwischen dem 1. Januar 1924 und dem des vorigen Jahres sei bedeutend. Heute befinde sich Frankreich in der Lage, in der es sich am 1. Januar 1923 befunden hätte, wenn von deutscher Seite mehr Verständnis gezeigt worden wäre. Deutschland habe ein ganzes Jahr gebraucht, um endlich zur Einsicht zu gelangen. Vielleicht werde es in Frankreich Leute geben, die es übertrieben finden, daß der Präsident der Republik von „Versöhnung" gesprochen habe. Dieses Wort sei seit 50 Jahren nicht möglich gewesen, solange Deutschland die Frankreich entrissenen Provinzen gegen den Wunsch ihrer Bevölkerung mit Gewalt festhielt. **Heute aber hindere nichts mehr Frankreich, sich mit Deutschland zu versöhnen.** Im Gegenteil, alles rücke eine derartige Versöhnung näher. Frankreich seinerseits wünsche die Versöhnung lebhaft, weil es wisse, daß die Zivilisation und der Frieden dadurch gewinnen können.

Die Auslegung des „Matin" schließt mit der Erklärung, daß in diesem Jahre Deutschland das Wort habe. Man müsse hoffen, daß gewisse Anzeichen nicht täuschen, daß Deutschland nicht aufs neue Verwirrungen anheimfallen werde. Auf jeden Fall sei es natürlich und ohne jeden Zweifel natürlich gewesen, daß Frankreich nach dem Erfolg der Ruhraktion angesichts der deutschen Kapitulation erklärte, daß es seinerseits noch immer die gleiche Auffassung habe, wie im Februar 1920, und daß es die Rückkehr normaler Beziehungen zwischen den beiden Ländern als eine unerläßliche Bedingung für einen allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau betrachtet. Frankreich sei durchaus bereit, diesen Wunsch in die Wirklichkeit umzusetzen.

*

Es besteht kaum die Gefahr, daß man in Deutschland die Neujahrsgeste des Präsidenten der französischen Republik in ihrer Bedeutung zu überschätzen geneigt sei. Hüben und drüben ist das Mißtrauen zu Bergen gehäuft, und freundliche Worte allein können den Eindruck nicht verwischen, den Jahre des Leidens in die Gemüter gegraben haben. Von Taten der Versöhnung aber ist weniger als je die Rede. Die französische Politik glaubt im Besitz aller Trümpfe zu sein. Und auch diejenigen Kreise in Frankreich, die mit großer Besorgnis in die Zukunft sehen, halten sich für verpflichtet, die durch den Ruhreinbruch geschaffenen „Tatsachen" zu respektieren. Es bedarf deshalb keiner machiavellistischen Künste seitens Englands, um den Zwiespalt zwischen den beiden Nachbarvölkern offen zu halten. Nur eine Politik, die auf weite Sicht betrieben wird, kann allmählich die Verstrickung lösen, die beiden Völkern Unheil gebracht hat und bringt. Sie anzubahnen und durchzuhalten, erfordert Mut und gänzlichen Verzicht auf Popularität. Es sieht nicht so aus, als ob die Zeit solcher Staatsmänner schon gekommen wäre.

Staat oder Wirtschaft.

Aus politisch rechtsstehenden Kreisen des Rheinlandes wird uns geschrieben:

Das außenpolitische Interesse Deutschlands, wahrhaftig stark genug angespannt durch die erdrückend verzweifelte Lage gegenüber den Siegerstaaten, wird fast abgelenkt durch den stummen, erbitterten Kampf im Organismus seines Wirtschaftskörpers. Die schwerindustrielle Arbeitgeberschaft unternimmt es ausgerechnet in dieser Stunde, mit rücksichtsloser, aber unleugbar genialer Strategie die geschwächte Arbeiterschaft niederzuringen und ihre in der Revolution und in jahrelanger Gewerkschaftsarbeit errungenen Positionen restlos zu vernichten. Der mächtige, harte, kniirschende Ringkampf wird vom unbeteiligen Zuschauer mit den verschiedensten Gefühlen beobachtet. Billigung und Mißbilligung mischen sich mit mehr oder minder Leidenschaftlichkeit ein. Es ist Krieg und Politik, was sich da vollzieht, und der Deutsche muß lernen, aus diesen Dingen das Gefühl fernzuhalten und nüchtern sein Urteil abzuwägen nach der Staatsräson.

Die Schwerindustrie macht — und sicher nicht mit Unrecht — geltend, daß einzig und allein durchgreifende Erhöhung der produktiven Arbeitsleistung den deutschen Haushalt retten können. Die Verhältnisse in der Arbeiterschaft seit der Revolution seien unhaltbar geworden. Die vom Sozialismus beabsichtigte Zertrümmerung des starken Kapitals bedeute den politischen und wirtschaftlichen Ruin. Die Industrie sei das letzte Rückgrat deutscher Geltung. Es sei Selbsterhaltung nicht nur, sondern Selbsterhaltungspflicht in Hinsicht auf den deutschen Staatsgedanken, was gebieterisch den rüdschitslosen Kampf fordere gegen den nachrevolutionären Zustand im industriellen Wirtschaftsleben. Tatsache ist, daß der deutsche Arbeiter selbst schwere Schuld daran trägt, daß heute seine mühsam erkämpften Errungenschaften Schlag für Schlag verlorengehen. Er hat es nicht verstanden, sich zu mäßigen, hat eine Unreife bewiesen, die ihn unmündig erscheinen läßt. Er hat sich selbst, seine einst so stolz gerühmten Arbeiterbataillon, beherrschen lassen von den an Alter und Qualität unergeordneten Elementen, anstatt, wie die englische Arbeiterbewegung vorerst in den eigenen Reihen eine führungsreife Auslese und Aristokratie zu schaffen. Der gelernte Arbeiter mußte in der nachrevolutionären Entwicklung hinter dem ungelernten, der reife Mann hinter dem jugendlichen Schreier zurücktreten, und die um ihren Einfluß buhlende Führung regierte dadurch, daß sie die am lautesten schreienden Mäuler zuerst füllte. Eine solche von keinem starken Ethos mehr getragene Bewegung konnte auf die Dauer weder die so bitter notwendige deutsche Industrie hochhalten noch sich behaupten wider die an Taktik und Selbstzucht weit überlegenen Führer der schwerindustriellen Arbeitgeberschaft. So mußte es kommen, was heute gekommen ist, das sittliche Fiasko und der völlige Niederbruch der deutschen Arbeiterbewegung. Sie hat bewiesen, daß sie nicht auf der Höhe ihres Programms und ihrer Erfolge stand. So war sie auf die Dauer kein Faktor, der dem wirtschaftlichen Napoleonismus der schwerindustriellen Führer ernstlichen Widerstand bieten konnte. Und dieser Wirtschaftsnapoleonismus hat es verstanden, in seinem gewaltigen Selbstbehauptungskampfe seit den Tagen des Kabinetts Wirth bis zu dieser Stunde, wo er zum letzten, wichtigsten Schlage ausholt, sein Handeln mit dem ethischen Schimmer des nationalen Motivs, des nationalen Interesses, ja der nationalen Notwendigkeit zu umkleiden.

Muß man der Arbeiterschaft das bittere Zeugnis geben, daß sie den Sturz ihres sozialen Neubaus selbst verschuldet hat, so kann man anderseits ebensowenig dulden, daß die Arbeitgeberschaft ihre Politik durch eine Verbrämung sympathisch zu machen sucht, die keineswegs der Wirklichkeit entspricht. Der große Maßstab für eine jede politische Handlung ist der Staat. Was dem Staate nutzt, ist politisch gerechtfertigt, was ihm schadet, politisch zu verwerfen. Eine Handlung ist staatsmännisch, wenn sie dem Ganzen zum Vorteil dient. Und nur wenn sie einem solchen Motiv entspringt, genügt sie den Forderungen der politischen Ethik.

An solchem Maßstab gemessen ist aber weder das Verhalten der Arbeiterschaft noch das Verhalten der Wirtschaftsführer staatsmännisch gewesen. Beide treiben nicht Staats-, sondre Interessenpolitik. Beide bedürften einer Bismarckfaust. Das war das Staatsmännische an dem politischen Programm Stresemanns, daß er diese beiderseitige Interessenpolitik durch eine über ihr stehende Nationalpolitik niederhalten, den Staat der Schwerindustrie nicht ausliefern und ihre übermächtig werdende Trustbildung hindern wollte. Darüber ist er gestürzt, weil er der Schwächere war.

Der Weltkrieg wurzelte ursächlich in einer geschichtlichen Entwicklung, die ihn notwendig gebären mußte, nicht in der moralischen Schuld irgendeiner Nation oder Volksgruppe hüben und drüben. Wenn aber jedes der beteiligten Völker auch einen Teil moralischer Schuld zu dieser Entwicklung beitrug, so war das auf deutscher Seite eine Ueberspannung der Billigkeitskonkurrenz auf dem Weltmarkt. Und diese Billigkeitskonkurrenz wurde ermöglicht durch wirtschaftlichen Druck auf die Arbeiterschaft. Druck erzeugt Gegendruck. Der Sozialismus ist eine Idee, geboren aus der Maschine. Er mußte kommen mit der Wirtschaftsumwälzung des 19. Jahrhunderts.

Kabinett Buck.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

hz **Dresden**, 3. Januar.

Heute mittag sind zwischen führenden Persönlichkeiten der bürgerlichen Parteien des Landtages und der sozialdemokratischen Partei neuerliche Verhandlungen eingeleitet worden, die auf die Bildung eines Koalitionskabinetts unter Führung des früheren sächsischen Ministerpräsidenten Buck hinzielen. Wie wir erfahren, hat die Kandidatur Buck Aussicht auf Erfolg, da der Deutschen Volkspartei die Person des ehemaligen Ministerpräsidenten genehm sein soll.

Buck war sächsischer Ministerpräsident bis zum Jahre 1923. Sein Kabinett, dem auch der Rechtssozialist Lipinski als Innenminister angehörte, wurde durch das Kabinett Zeigner abgelöst.

Ablehnung der deutschen Vorschläge?

Drahtmeldung.

Paris, 3. Januar.

Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas glaubt nach den Andeutungen, die er erhalten hat, über den Inhalt der gestern am Quai d'Orsay festgelegten Antwort auf das deutsche Memorandum vom 24. Dezember mitteilen zu können, die örtlichen französischen Behörden im besetzten Gebiet seien im allgemeinen ausdrücklich gegen die allgemeine Anwendung der von der deutschen Regierung im Ruhrgebiet und in den Rheinlanden verlangten Maßnahmen, denn diese seien geeignet, dem Handel und sogar der Sicherheit der Besatzungsmächte Abbruch zu tun (!). „Man könne also erwarten, daß die französische Regierung sich auf die Rechte beziehen werde, die sie aus dem Vertrage herleite, und daß sie nicht verfehlen werde, die Deutsche Regierung daran zu erinnern, daß gewisse Forderungen, die diese stelle, wenigstens teilweise, namentlich was die Wiedereinstellung der Eisenbahner anlange, bereits befriedigt worden seien. Man habe weiter Grund zu der Annahme, daß den anderen deutschen Vorschlägen keine Folge gegeben werde, da sie die leitenden Grundsätze der französischen Reparationspolitik, die so oft proklamiert worden seien, in Frage stellen könnten. Die französische Note sei in einem „sehr gemäßigten Ton" abgefaßt und trage lediglich technischen Charakter, sie verspere nicht den Weg für spätere Verhandlungen.

Die Umsatzsteuer am Rhein.

Einspruch des Fünfzehner-Ausschusses.

Im Fünfzehner-Ausschuß des Reichstages bildete zunächst ein Verordnungsentwurf über Zuschläge zur Umsatzsteuer in den besetzten Gebieten und in dem Einbruchsgebiet den Gegenstand der Diskussion. Der Ausschuß ersuchte die Reichsregierung, von dem Erlaß der Verordnung abzusehen, da die darin enthaltene Ausnahmestellung der besetzten Gebiete politisch unerwünscht sei.

Es folgte die Beratung des Verordnungsentwurfes zur Abänderung des Gesetzes über die durch innere Unruhen verursachten Schäden. Danach soll ein Anspruch auf Entschädigung nur gegeben sein, wenn und soweit ohne solche das wirtschaftliche Bestehen des Betroffenen gefährdet würde. Die Entschädigung darf 75 v. H. des festgestellten Schadens nicht überschreiten, jedoch soll ein besonderer Härtefonds gebildet werden. Ein Antrag, auch diese Verordnung nicht in Kraft zu setzen, wurde vom Ausschuß abgelehnt.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde dann § 25 der Verordnung über Krankenhilfe bei den Krankenkassen vom 30. Oktober 1923 besprochen. Der Paragraph betrifft die Abgabe von Arzneimitteln an Krankenkassenmitglieder. Von der Reichsregierung wurde hierzu erklärt, sie sei damit einverstanden, daß die im § 25 bestehende Muß-Vorschrift in eine Kann-Vorschrift umgewandelt und daß die Aufträge im Benehmen mit Sachverständigen sorgfältig geprüft werde. Im übrigen wurde die Beratung der Verordnung mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen vorläufig zurückgestellt.

Die Lastenverteilung.

rh **München**, 3. Januar.

Im Anschluß an den Beschluß des Landesausschusses der Bayerischen Volkspartei, der gegen den vom Reich geplanten Finanzausgleich Einspruch erhebt, erklärt der „Bayerische Kurier", daß die Dezentralisierung der Finanzgebarung wohl den Großteil der früheren Lasten und Auflagen den Ländern und Gemeinden zurückgeben werde, nicht aber die früheren Steuerquellen. Da den Ländern und Gemeinden nur die Mietzinssteuer, die Erhöhung der Reichseinkommensteuer um ein Fünftel der bisherigen Leistung und eine nach österreichischem Beispiel gedachte Luxusimmensteuer überlassen werden soll, stelle der Vertrag einen „Vertrag zwischen Esel und Löwen" vor, bei dem Bayern sehr bald erkennen würde, daß es beim Abschluß nicht der Löwe gewesen sei.